

Putzfrauen sollen unsichtbar sein

Beispielhafte Solidarität an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach

25.3.2013, Arbeiterkorrespondenz Düsseldorf

Die Prekarisierung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen konnte und kann auch deswegen so rasch zunehmen, weil viele der davon betroffenen Arbeitsbereiche unsichtbar bleiben. Diese Unsichtbarkeit hat für viele ArbeiterInnen selbst ihren Preis, da sie mit Arbeit in der Nacht, am Wochenende oder in den frühen Morgenstunden verbunden ist. Das gilt insbesondere für Reinigungskräfte. Die schöne, heile Welt von Büros, Krankenhäusern oder Universitäten soll nicht durch den Anblick hektisch putzender und unterbezahlter Frauen gestört werden. So hatte es sich wohl auch die Verwaltung der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach gedacht.

Dort putzen bisher 19 Frauen für die Firma *Uniserve* je nach Arbeitsanfall ab 16 oder 17 Uhr die Büros, Hörsäle und Toiletten, zum Mindestlohn von 9 Euro pro Stunde. Weder das Lehrpersonal noch die StudentInnen scheint das bisher gestört zu haben, aber die Verwaltung meinte, im „Interesse der Hochschule Niederrhein“ die Arbeitszeiten auf 5.00 bis 8.00 Uhr verlegen zu müssen. Da ihr klar war, dass die Frauen einer entsprechenden Änderungskündigung nicht zustimmen würden, wählte sie den in der Branche allgemein üblichen Weg. Man will nicht auf die mit dem Gebäude vertrauten und eingearbeiteten Kräfte, also das „Know How“ verzichten, aber die Bedingungen ändern – also kündigt die alte Firma die Verträge und der Auftrag wird von einer neuen Firma übernommen, die die Frauen unter Androhung des Arbeitsplatzverlustes zwingen kann, neue Verträge zu unterschreiben. Also kündigte *Uniserve* allen 19 Frauen zum 31. März, und sie „durften“ bei einer anderen Firma neue Verträge mit den geänderten Arbeitszeiten unterschreiben. Sicherheitshalber sind die Verträge erst mal auf 6 Monate befristet, d.h. die Frauen verlieren nicht nur die Rechte aus ihrer bisherigen Betriebszugehörigkeit, sondern auch ihren Status als unbefristet angestellte – ganz zu schweigen von den katastrophalen Arbeitszeiten. Denn erstens ist die Hochschule um 5 Uhr noch nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen und zweitens haben die meisten Frauen Kinder, die sie jetzt morgens vor der Schule oder dem Kindergarten nicht mehr versorgen können.

Aushebelung von Arbeitsrechten durch Betriebswechsel

Im Reinigungsgewerbe ist dieses Vorgehen weit verbreitet, auch wenn es faktischen Rechtsbruch darstellt. Denn bei einem Betriebsübergang, um den es sich hier handeln dürfte, behalten die Beschäftigten nach § 613a BGB ihre bisherige Betriebszugehörigkeit und können nicht auf einmal befristet werden. Außerdem gelten ihre alten Arbeitsbedingungen, wozu auch die Arbeitszeit gehört, für ein Jahr weiter. Darum schert man sich aber gerade in der Reinigungsbranche, wie auch in diesem Fall der Hochschule Niederrhein, wenig. Der § 613a BGB wird systematisch umgangen, um Arbeitsbedingungen zu verschlechtern oder gegen den Willen der Beschäftigten zu verändern. Insofern ist das Schicksal dieser 19 Frauen nur eine kleine Anekdote in einem Meer von Rechtsbruch, Prekarisierung und Unternehmerwillkür. Das Besondere dieses Falls besteht darin, dass es zu einer beispielhaften Solidarisierung aus dem Lehrkörper kam, die Schule machen sollte.

Theorie und Praxis – am Fachbereich Sozialwesen

Einige Dozentinnen und Dozenten am Fachbereich Sozialwesen erfuhren von den gewerkschaftlich nicht organisierten Putzfrauen, die sie aus ihren alltäglichen Begegnungen teilweise schon seit Jahren kennen, von dem Vorgang. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis war nicht zu übersehen: In ihren Vorlesungen und Seminaren zu den gesellschaftlichen, politischen, psychologischen und juristischen Dimensionen der Sozialarbeit beschäftigen sie sich mit den aktuellen sozialen Entwicklungen, diskutieren mit ihren StudentInnen über Prozesse der Verarmung, der Prekarisierung und die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt – und nun werden vor ihren Augen Menschen in drastischer Weise von solchen Entwicklungen betroffen und ihrer Rechte beraubt. Und das von ihrer eigenen Institution, die ihre fragwürdigen „ästhetischen“ Vorstellungen über die Interessen der betroffenen Frauen stellt. Die Information kursierte am Fachbereich und innerhalb weniger Tage unterschrieb die Mehrheit der Angehörigen des Fachbereichs eine Unterschriftenliste, mit der sie die Verwaltung auffordern, die Maßnahme rückgängig zu machen. Insbesondere wiesen sie auf den eklatanten Widerspruch hin, dass sich die Hochschule 2010 als „familiengerechte Hochschule“ zertifizieren ließ, nun aber auf die familiären Belange der Reinigungskräfte keinerlei Rücksicht nimmt.

Wie sehr der Verwaltung daran gelegen ist, die Frauen nicht nur unsichtbar, sondern auch mundtot zu machen, mussten sie erfahren, als die Kritik aus dem Fachbereich Sozialwesen an der Hochschule bekannt wurde: Ein Verwaltungsangestellter drohte ihnen mit Kündigung, falls sie weiter mit Personen aus dem Lehrkörper über ihre Probleme reden sollten. Im betrieblichen Alltag in der profitorientierten Privatwirtschaft gehören solche Einschüchterungen und Erpressungen zur Normalität, aber für eine öffentliche Einrichtung mit dem Auftrag jungen Menschen die Ideen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde näherzubringen, ist das schon starker Tobak.

Rein juristisch betrachtet würden die Frauen eine arbeitsgerichtliche Auseinandersetzung um die Umgehung des § 613a BGB (Betriebsübergang) wahrscheinlich sogar gewinnen – aber erst nach Monaten oder Jahren, und ihren Job an der Hochschule wären sie erst mal los. Insofern ist die Unterstützung durch den Lehrkörper und die öffentliche politische Diskussion um den Fall an der Hochschule auch für die unmittelbaren Interessen der Frauen sehr viel wichtiger. Es bleibt zu hoffen, dass sich dem Protest auch noch Teile der Studentenschaft anschließen.

Wir werden auf *labournet.de* über den Fortgang der Auseinandersetzung berichten. Der Fall könnte auch eine Anregung für andere Hochschulen und Universitäten sein, an denen es dem Reinigungspersonal nicht besser gehen dürfte. Während es in den USA im Zusammenhang mit Protesten und Streiks von Studierenden in den letzten Jahren immer wieder zu Solidarisationen mit den Reinigungskräften (*janitors*) an den dortigen Universitäten gekommen ist, blieb die Kluft zwischen „Theorie und Praxis“ bzw. zwischen Studierenden und den für sie Arbeitenden in den hiesigen Kämpfen, zum Beispiel gegen die Studiengebühren, noch groß.